

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

06.12.2021

Inhalt

EWN

| | |
|---|---|
| 1 SPD im Wartburgkreis fordert mehr Informationen zum Atommüll-Endlager <i>thueringer-allgemeine.de, 04.12.2021</i> | 3 |
| 2 Kernspaltung <i>DER SPIEGEL, 04.12.2021</i> | 4 |

SPD im Wartburgkreis fordert mehr Informationen zum Atommüll-Endlager

Kommt ein Atommüll-Endlager? Die Wartburgkreis-SPD drängt darauf, dass das Verfahren transparenter wird.

Die Sozialdemokraten im Kreistag machen Druck beim Atommüllendlager. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht auch noch dazu werden“, sagt Jürgen Holland-Nell dieser Zeitung. Das Mitglied der Fraktion SPD/FDP hat deshalb vor der Kreistagssitzung am Dienstag, 7. Dezember, den Sachstand beim Landratsamt abgefragt. Antworten gab es bis Freitag nicht.

Deutlich wird an der Frage bereits, dass es offenbar an Kerninformationen mangelt. Denn Holland-Nell will erfahren, welcher Ausschuss im Kreistag sich mit dem Verfahren zum Atommüll-Endlager befasst, aber auch, wie die Öffentlichkeit über den Sachstand informiert wird. Das komme zu kurz. Darüber begehrt der Sozialdemokrat Auskunft darüber, wer für den Landkreis bei einer Online-Konferenz zum Thema vor etwa zwei Wochen teilgenommen hat.

Dann wird er grundsätzlich. „Wir haben schon ganz andere Lasten zu tragen“, sagt er und stellt auf den Südlink aber auch auf die 380-KV-Leitung ab, von denen der Wartburgkreis bereits berührt sei.

Mit der Veröffentlichung von vier Gebieten – insgesamt 90 hatten zur Auswahl gestanden – zur Methodenentwicklung hatte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hohes Aufsehen erregt. Darunter sei auch ein etwa 6151 Quadratkilometer großes Areal, das sich über Thüringen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen

und Hessen erstrecke.

Als charakteristisch wird für dieses Gebiet das Thüringer Becken und der Zechsteinaufbau beschrieben. In dem von der BGE online gestellten Steckbrief, heißt es jedoch auch: „Die Auswahl des Thüringer Beckens als Gebiet zur Methodenentwicklung trifft keine Aussage über die potenzielle Eignung dieses Gebiet als Standortregion“. Im März wolle die die BGE, heißt es weiter, ein Konzept zur Anwendung für die vorläufigen repräsentativen Sicherheitsuntersuchungen in dem Gebiet vorstellen.

Für Kreistagsmitglied Jürgen Holland-Nell bleibt dennoch der Wunsch danach, alle verfügbaren Informationen zu erhalten. Er hofft, dass sich Landrat Reinhard Krebs (CDU) durch seine Anfrage motiviert fühlt, darauf einzugehen.

Die Argumentation, dass es sich um den übertragene Wirkungsbereich handele und deshalb darüber keine Auskunft gegeben werden könne, will er dabei nicht gelten lassen. Es gehe schließlich darum, dass das Atommüllendlager möglicherweise vor der Haustür entstehen könnte.

Allerdings will er auch die Landespolitik nicht gänzlich aus der Verantwortung entlassen, für ein transparentes Verfahren zu sorgen. „Da muss einfach mehr kommen“, fordert das Kreistagsmitglied.

DER SPIEGEL | 04.12.2021 | S. 80

Auflage: 681.567 | Reichweite: 4.975.000

Michael Sauga, Markus Becker

KLIMAPOLITIK

Kernspaltung

Frankreichs Präsident Macron will der Atomkraft zum Comeback verhelfen – mit dem Segen Europas. Für die neue Bundesregierung ist das ein politischer Albtraum.

Olaf Scholz trat mit dem ganzen Gewicht seiner Biografie auf. Er sei schon immer ein Gegner der Atomkraft gewesen, sagte der designierte Bundeskanzler, als er in den vergangenen Tagen mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen sprach. Er ticke da kaum anders als die Grünen, so lautete sein Hinweis, der seine Wirkung nicht verfehlte. Schließlich kann man den künftigen deutschen Regierungschef und womöglich neuen starken Mann Europas nicht schon desavouieren, bevor er sein Amt überhaupt angetreten hat. Und so stellte die Brüsseler Behörde erst einmal ihren Plan zurück, die Atomkraft zu einer nachhaltigen Technologie zu erklären.

Ein Vorstoß, der hauptsächlich auf den Wunsch Frankreichs zurückgeht. Und es spricht vieles dafür, dass die Pariser Regierung ihre nuklearen Pläne auch durchsetzen kann – ob Scholz das nun passt oder nicht. Macrons Vorhaben, der umstrittenen Kernenergie zu einem Comeback zu verhelfen, dürfte also nicht nur die deutsch-französischen Beziehungen belasten, es befeuert auch den Konflikt in der Ampelkoalition. Vor allem die Grünen würden vorgeführt.

Es geht bei all dem um ein EU-Vorhaben unter dem schwer verständlichen Begriff Taxonomie, das Geldanlagen in klimafreundlich und klimaschädlich einteilt. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen so die Möglichkeit bekommen, gezielt in grüne Finanzprodukte zu investieren – mit dem Siegel der EU, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Doch was gut klingt, produziert vor allem Streit.

Es fängt damit an, dass auch Investitionen dieses Gütesiegels erhalten sollen, die zumindest beim Übergang ins nicht fossile Zeitalter hilfreich sind, sogenannte Brückentechnologien. Viele Staaten verstanden dieses Vehikel offenbar als Aufforderung, Greenwashing in eigener Sache zu betreiben. Nordische Länder wie

Schweden oder Finnland erklärten das umstrittene Verbrennen von Holz zur klimafreundlichen Technologie. Und Macron schloss einen schmutzigen Deal mit mehreren osteuropäischen Ländern: Wenn sie mitzögen, Atomkraft als ökologisch einzustufen, werde ihnen Paris zu einem Klimastempel für ihre Gaskraftwerke verhelfen.

Diesem Vorstoß schien beim EU-Gipfel Ende Oktober auch Kanzlerin Angela Merkel nicht abgeneigt. So jedenfalls wurde ein Hinweis von Kommissionschefin von der Leyen verstanden: »Wir brauchen eine stabile Energiequelle, die Atomkraft und, in der Übergangszeit, Gas«, twitterte sie mit Blick auf die Taxonomie. Hatte die Atomausstiegs-Kanzlerin die Seiten gewechselt?

Kernkraftkritische Länder, die Deutschland bis dahin zu ihren Verbündeten zählten, fühlten sich hintergangen. »Frau Merkel hat die deutsche Position verraten und sie offenbar mit ihrer persönlichen ersetzt«, sagt der luxemburgische Energieminister Claude Turmes. »Sie war nie aus Überzeugung für den Ausstieg aus der Atomkraft, sondern aus Angst vor dem Aufstieg der Grünen.«

Die Wahrheit ist wohl komplizierter. Der französische Durchmarsch war kaum noch zu stoppen, wie der deutsche EU-Botschafter Michael Clauß in einem vertraulichen Bericht nach Berlin meldete: Die Einstufung von Kernkraft als grüne Energie werde »von der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten entweder unterstützt oder ist für diese akzeptabel«, heißt es in dem Papier. Immerhin sei damit zu rechnen, dass die Kommission neben der Atomenergie auch Erdgas in den Taxonomie-Vorschlag aufnehmen werde.

Die Kernkraftgegner wollen sich damit nicht abfinden – und den Kampf weiterführen, notfalls vor Gericht. »Was die Kommission vorhat, steht juristisch auf wack-

ligen Füßen«, sagt Turmes. Ähnlich sieht es Österreichs Energie- und Klimaministerin Leonore Gewessler, die der Kommission bereits mit einer Klage droht.

Das Problem der Anti-Atom-Fraktion: Sie ist alles andere als geschlossen. Umstritten ist vor allem, ob Gas als Übergangstechnik eingestuft werden soll. Während die Grünen so wenig fossile Energien wie möglich zulassen wollen, halten viele Sozialdemokraten sogar mehr Erdgas für erforderlich, als die EU-Kommission derzeit erlauben will. »Unter diesen Bedingungen wird kein Investor ein Kraftwerk bauen«, sagt SPD-Wirtschaftssprecher Bernd Westphal. »Wir brauchen sicheres und bezahlbares Gas als Übergangstechnologie.«

Längst geht es nicht mehr nur um Taxonomie, Atomkraft und Gas. Der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold, der neuer Staatssekretär im Klimaministerium werden soll, sieht die deutsch-französische Europapolitik insgesamt bedroht. »Die neue Bundesregierung muss mit Frankreich dringend über die Zukunft

der EU reden, statt gleich mit einem Streit über Atompolitik zu beginnen«, sagt Giegold. »Nur so hat die ambitionierte Europa-Agenda der Ampelkoalition eine Chance.«

Pro Atom oder kontra Gas, für Frankreich oder gegen Österreich: Es ist nicht gerade die einfachste Gemengelage, in der Scholz einen Konsens mit Macron finden muss, möglichst noch vor seinem ersten Besuch in Paris und dem nächsten EU-Gipfel Mitte Dezember.

Zumal auch Macron wenig Spielraum hat. Atomkraft ist in Frankreich ähnlich emotional aufgeladen wie die Fischerei. Das gegenseitige Unverständnis zeigt sich schon an vermeintlichen Kleinigkeiten. Als Merkel erklärte, die Kernkraft sei »für Frankreich eine Brückentechnologie«, wies Paris das vehement zurück. Atomkraft, erklären französische Diplomaten, sei »keinesfalls eine Brücken-, sondern eine Zukunftstechnologie«.